Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 4.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1179

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorothenstraße 32. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Königstr. 20, Tel. I, Nr. 4583.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & M. Klinkhardt).
Herausgeber Dr. Walter Klinkhardt.

Nr. 527. Montag 16. Oktober 1905. 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt die Richtigkeit der Meldung des „Reuterschen Bureaus", daß Frankreich England niemals um Beistand gebeten und England niemals einen solchen angeboten habe. (S. letzte Dep.)

* Die sächsischen Stimmen im Bundesrat werden gegen die Einführung von Stromschiffahrtsabgaben abgegeben werden, so daß diese damit überhaupt gefallen sind. (S. Deutsch. Reich.)

* Der Rücktritt des preußischen Justizministers Schönstedt steht bevor. (S. Deutsch. Reich.)

* Die Zahl der mit Feuerwaffen versehenen Aufständischen in Deutsch-Ostafrika wird noch auf 5000 Mann geschätzt. (S. Deutsch. Reich.)

* Die preußischen Oberpräsidenten berieten im Handelsministerium über das Schulunterhaltungsgesetz. (S. Dtsch. Reich.)

Politische Wochenschau.

Während in der vorhergehenden Woche die Unterredungen des Fürsten Bülow mit den beiden französischen Journalisten das allgemeinste Interesse beanspruchten, war es in dieser das europäische Echo dieser Unterredungen, das den Politiker beschäftigen mußte. Fürst Bülow hatte zuerst für seine Plaudereien, in denen doch viel positives Material steckte, in Frankreich und England nicht das, was man eine „gute Presse" nennt. Es war zu lange gegen uns Mißtrauen gesät worden, als daß man sich im Auslande so schnell zu einer Anerkennung unserer loyalen Absichten hätte entschließen können. Aber die Wirkung der Bülowschen Erklärungen, war trotzdem bedeutsam. Sie lockten den Fuchs aus dem Loche. Herr Delcassé verlor im Zorn über seinen glücklicheren Gegner den letzten Rest von Besinnung und plauderte im Pariser „Matin" sein großes Geheimnis aus. Wenn Herr Delcassé wirklich gehofft haben sollte, durch diese Enthüllungen einen Umschlag der öffentlichen Meinung herbeizuführen, wenn er vielleicht von einer Bürgerkrone träumte, die ihm das dankbare Frankreich jetzt auf dem Präsidententeller darbringen würde, dann sah er sich ganz gründlich getäuscht. Wenige Tage genügten, um gegen ihn einen wahren Sturm von Entrüstung in der französischen Presse zu entfesseln und ihn mit Worten wie Hochverräter und Verbrecher zu überschütten. Und auch wo man im Ausdruck Maß hielt, da wandte man sich von dem einst fast allmächtigen Minister wie von etwas Unreinem ab. Delcassé ist in Frankreich endgültig abgetan, das ist wohl das erste Fazit, das man aus diesem Vorgange ziehen kann; und seine gewundene Erklärung im „Figaro", die im Grunde eine Bestätigung seines „diplomatischen Geheimnisses" bedeutet, kann an diesem Verdammungsurteil nicht das geringste ändern.

Aber Herr Delcassé ist für uns schließlich Hekuba. Er hat nur Interesse, insofern man an seinem Schicksal die Stimmung der französischen Nation gegen Deutschland ablesen kann. Delcassé wollte den Krieg mit Deutschland; er wollte die „Revanche" verwirklichen. Und wie man sich auch zu den Tendenzen der Delcasséschen Politik stellen mag: ungeschickt war sie nicht. Er hatte Italien „verführt" und er hatte England völlig auf seiner Seite. So glaubte und behauptete er wenigstens selbst. Es war alles wieder einmal „erzbereit" — wenn eben Frankreich die Revanche noch ernstlich gewollt hätte. Aber den übrigen Mitgliedern des französischen Kabinetts ebenso wie den leitenden Persönlichkeiten der Kammer kam rechtzeitig die Besinnung: ihnen graute vor dem Nachtwandler auf dem Dache. So schied man Herrn Delcassé aus. Und was sich damals innerhalb der politischen Kreise der Republik vollzog, das scheint sich jetzt innerhalb der Masse des französischen Volkes zu wiederholen. Es ist die Abkehr von der Politik der Revanche, die wir augenblicklich beobachten können, ein Gesundungsprozeß, der Zeit braucht und den man nicht stören soll, der aber Hoffnung auf völlige Genesung läßt.

Und England? Es wird immer wieder von deutschem Chauvinismus geredet, immer wieder werden uns einzelne englische Friedensfreunde in Reinkultur vorgeführt. Und der Deutsche, gutmütig und vertrauensselig wie er ist, glaubt der Friedensbotschaft immer wieder. Aber allmählich muß selbst das kindlichste Gemüt in seinem Vertrauen wankend werden, wenn es die geradezu niederträchtige Perfidie sieht, mit der das englische Kabinett gegen das Deutsche Reich gehetzt hat. Denn Delcassé war im Grunde auch nur ein Opfer; er glaubte zu verführen und wurde selbst verführt. Alles, was er gegen Deutschland tat, war ihm von den Lords Lansdowne und Balfour eingeblasen worden. Ja, der eigentliche spiritus rector sitzt wohl noch höher. Um es ganz offen auszusprechen, es ist Eduard VII. selbst, der die antideutsche Politik als seine persönliche Aufgabe betrachtet. Aber „der König kann nicht Unrecht tun", und für die hohe Politik kommen allein die verantwortlichen Minister in Betracht. Was haben sie zu sagen? Gewiß, die englische Regierung hat „mündlich" und „vertraulich" erklären lassen, daß die Mitteilungen über die militärische Verständigung zwischen Frankreich und England „unwahr" seien. Doch mit solchen halben Ableugnungen ist uns nicht gedient. Deutschland hat ein volles Recht, Klarheit zu fordern. Und man sollte meinen, daß auch das englische Volk sich über den Weg Rechenschaft abzulegen sucht, den seine Regierung zu gehen fest entschlossen war, den Weg eines Weltkrieges. Frankreich hat an Delcassé die Sühne vollzogen. Wird man auch in England den Mut finden, Herrn Balfour abzuschütteln? Erst wenn das geschieht, wird man mit einigem Recht darauf rechnen können, daß der Weltfriede von Störungen bewahrt bleibt.

Fürst Bülow wird jedenfalls über die bisherigen Wirkungen seiner Unterredungen mit den französischen Journalisten befriedigt sein. Umsomehr muß man es bedauern, daß ihm die auswärtige Politik anscheinend so gut wie gar keine Zeit läßt, sich um die inneren Angelegenheiten zu kümmern. Das trat besonders zu Tage, als der Vorstand des deutschen Städtetages in Sachen der Fleischnot ihn um eine Audienz ersuchte. Das Ersuchen war telegraphisch gestellt, aber Fürst Bülow schob die Antwort auf die lange Bank, als handelte es sich um die gleichgültigste Sache der Welt. Und dann kam der nichtssagende Brief. Beschwichtigungen, nichts als Beschwichtigungen. Erhebungen, nichts als Erhebungen, könnte man in leichter Variation mit dem Lessingschen Fürsten sagen; darüber hinaus reicht die Energie der Regierung nicht. Das ist eine Mißachtung der Beschwerden und Kümmernisse weiter Volkskreise, die sich noch einmal schwer rächen kann. Die Wahl in Essen hatte dafür schon einen Vorgeschmack gegeben; eine weitere nicht zu unterschätzende Kundgebung ist jetzt durch die Nachwahl in Kattowitz-Zabrze dazu gekommen, wo der radikale Pole Korfanty gleich im ersten Wahlgange die Majorität erhielt. Es ist eine Quittung mehr für die Stimmung in Oberschlesien.

Daß die Erfüllung berechtigter Forderungen durchaus nicht gleichbedeutend mit schwächlicher Nachgiebigkeit zu sein braucht, haben die Berliner Elektrizitätsfirmen in dem Lohn- und Machtkampf mit ihren Arbeitern gezeigt. Sie hatten von vornherein, soweit ihnen die Forderungen der Arbeiter berechtigt erschienen, Zugeständnisse gemacht. Aber von dieser Linie ließen sie sich nach keiner Richtung abdrängen. Als die Arbeiter zu streiken anfingen, weil ihnen das Entgegenkommen der Gesellschaften nicht genügte, führten sie den Kampf mit aller Festigkeit und Entschlossenheit, indem sie ihre Werke zumachten. So hatten 40 000 Arbeiter Gelegenheit, darüber nachzudenken, daß auch ihren Ansprüchen eine Grenze gezogen ist. Der Kampf wäre mit der neuen Woche noch verschärft worden, da weitere 20 000 Mann ausgesperrt werden sollten. Aber das erübrigte sich, da die Gesellschaften den Arbeitern nochmals die Rückkehr zu den bereits bewilligten Bedingungen in Aussicht stellten und zugleich von jeder Maßregelung absehen zu wollen erklärten. Das war konsequent und großherzig zugleich. Und die Arbeiter waren ihrerseits klug genug, den Sperling in der Hand der Taube auf dem Dache vorzuziehen; sie beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie haben genau so viel erreicht, wie sie auch ohne Streik hätten erreichen können; aber sie haben wenigstens rechtzeitig die Hand zum Frieden ergriffen, so daß ein anscheinend recht gefährliches Feuer noch im Entstehen gelöscht wurde. Man darf gerade nach diesem Ausgang hoffen, daß ein ähnlicher Streik sich wenigstens in Berlin nicht so bald wiederholt.

Um gerecht zu sein, muß man allerdings zugeben, daß auch die streikenden Berliner Arbeiter sich durchaus innerhalb der gesetzlichen Schranken gehalten haben. Man braucht nur einen Blick auf die Streikbewegung in Moskau mit den Pöbelexzessen und der brutalen Willkür der Truppen und Gendarmen zu werfen, um den Unterschied zwischen den deutschen und russischen Ausständen zu sehen. Gerade deshalb aber muß, wie bei einzelnen Streiks, so in der sozialen Gesetzgebung sich Autorität mit Wohlwollen paaren, wenn wir unsere Vorrangsstellung behaupten wollen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 16. Oktober.

* **Ostafrikanisches.** Der „L.-A." ist wieder in der Lage, neue Nachrichten aus Ostafrika zu bringen, die teilweise denen der amtlichen Stellen widersprechen. Dem Blatt wird von Dar-es-Salaam aus gemeldet: Die amtlichen Nachrichten von Unruhen bei Vugni und Kondutschi beruhten auf Irrtum. Zwischen hier und Bagamoyo ist alles ruhig. Hauptmann Merker schätzt die Aufständischen in den Matumbi- und Kitschi-Bergen auf 5000 mit Vorderladern ausgerüstete Leute, die mit Speeren und Bogen Bewaffneten mitgerechnet. Die Aufständischen vermeiden natürlich offene Gefechte, führen aber geschickt den Busch- und Guerillakrieg. Die Lehre der Landerer, daß die gefallenen Aufständischen nach kurzer Zeit wieder auferstehen, findet überall Glauben. Leutnant Spiegel hat auf dem Marsch von Kilwa nach Lindi am Mbekuru den Aufständischen mehrfach schwere Verluste beigebracht. Hauptmann Nigmann ist am 6. ds. Mts., von Mahenge kommend, in Mupembe eingetroffen. Nach seinen Ermittelungen stehen zwei- bis dreitausend aufständische Wapangwa in zwei Kolonnen bei Nibugala; andere Wapangwa und Wangoni sammeln sich bei Mbesela. Der Wagonihäuptling Schabruma soll einem Gerücht zufolge die Station Songea belagern. Stabsarzt Kuptha ist mit seinem Detachement bis Lula vorgedrungen; die aufständischen Wasangara sind nach Osten geflohen.

* **Weiterer Ministerwechsel in Preußen.** Noch ist kaum das unfreiwillige Abschiedsgesuch des Handelsministers Möller an allerhöchster Stelle genehmigt worden — es soll übrigens trotz Lucanus in schließlich höchst anerkennender Form geschehen sein —, so weiß die „Kreuzzeitung" noch weiter zu melden, daß der Justizminister Schönstedt, wenn auch erst in 2 bis 3 Wochen, ebenfalls „gehen" wird. Die Nachricht überrascht nicht. Sie tauchte schon vor Monaten, dann wieder vor etwa vier Wochen auf. Und sie war schon damals glaubhaft. Denn die bei den für Ministerabzüge üblichen Motive, gesundheitliche oder Altersrücksichten und gesetzgeberische oder Verwaltungsmißstände benennen sich bei dem Minister Schönstedt. Er ist 52 Jahre im Dienst und steht im 73. Lebensjahre. Seit 1894 leitet er das Justizministerium, in das er von seiner Stelle als Oberlandesgerichtspräsident in Celle berufen wurde. Zu seinen verdienstvollen Arbeiten kann gerechnet werden, die Mitwirkung bei Einführung des neuen bürgerlichen Rechts und die Aufbesserung der Richtergehälter. Sehr anfechtbar war dagegen sein Eintreten für den berüchtigten Assessorenparagraphen, der glücklicherweise im Interesse der Gleichmäßigkeit der Anstellungsgrundsätze vom Landtag abgelehnt wurde, in dessen Geist aber vielfach die Verwaltung von ihm geleitet wurde. Man erinnere sich nur an die Zurücksetzungen aus konfessionellen Rücksichten. Auch das Verhalten des Ministers bei dem Königsberger Sozialistenprozeß wurde vielfach mit Recht angegriffen. Schließlich aber scheiterten einzelne seiner Pläne direkt, wie z. B. die beabsichtigte Scheidung bei der Ausbildung von Justiz- und Verwaltungsbeamten.

* **Die preußische Schulunterhaltungsgesetzvorlage** wurde bezw. wird in diesen Tagen innerhalb des Kultusministeriums nochmals, und zwar unter Hinzuziehung der Oberpräsidenten besprochen. Es handelte sich dabei in erster Linie um die finanzielle Seite des Gesetzes, wer zum Träger der Schulunterhaltungspflicht gemacht werden soll.

* **Keine Stromschiffahrtsabgaben!** Wie wir auf Grund von Mitteilungen aus durchaus einwandfreier Quelle versichern können, werden die sächsischen Stimmen im Bundesrate gegen die Einführung von Stromschiffahrtsabgaben abgegeben werden. Da sich außerdem Bayern, Baden und Hessen-Darmstadt und vermutlich auch noch Württemberg und die drei Hansestädte (zusammen 23 Stimmen) in der Opposition befinden werden, so ist damit nach Art. 78 der deutschen Reichsverfassung der preußische Antrag auf Abänderung des Art. 54 der Verfassung hinfällig geworden, und Sachsen, wie auch die übrigen deutschen Bundesstaaten bleiben vor einer Belastung des Verkehrs befreit, deren unheilvolle Folgen mit Recht schon oft betont worden sind.

* **Der Kampf gegen die Tanzkränzchen** wird jetzt von der preußischen Regierung unternommen. Man will rücksichtslos gegen solche Tanzlustbarkeiten einschreiten, die unter dem Deckmantel des Vereinswesens als Tanzlustbarkeiten einer geschlossenen Gesellschaft gelten wollen, bei näherer Prüfung aber sich ohne Zweifel als öffentliche Tanzlustbarkeiten charakterisieren. Ferner ist auf solche Tanzveranstaltungen zu achten, welche unter dem Namen „Kaffeekränzchen" oder unter einer ähnlichen, den Zweck des Zusammenkommens verschleiernden Bezeichnung namentlich in den Städten so häufig vorkommen. In zweiter Linie soll aber durch energische Handhabung der durch die bestehenden Polizeiverordnungen geregelten Genehmigungspflicht auf die tunlichste Einschränkung der öffentlichen Tanzlustbarkeiten hingewirkt werden. Ob man damit mehr erreicht als Erbitterung über polizeiliche Chikanen, scheint zweifelhaft.

* **Die Kattowitzer Wahl, Zentrum und Sozialdemokratie.** Ein kalter Wasserstrahl pflegt eine ernüchternde Wirkung auszuüben, der Wasserstrahl von Kattowitz hat auf Zentrum und Sozialdemokratie die entgegengesetzte Wirkung ausgeübt. Daß die „Kölnische Volksztg." den Kopf vollständig verloren hat, beweist sie schon, indem sie in einem Atem den nationalliberalen Bewerbern einen „Mischmaschkandidaten" nennt, und indem sie zugleich hervorhebt, daß das nationale Moment absolut ausschlaggebend für die Gruppierung gewesen sei. Gewiß wurde Herr Volz von den Konservativen ebenso unterstützt, wie von den Freisinnigen, aber hier kamen ja doch nicht die Unterschiede der politischen Parteien zur Geltung, sondern, wie ja die „Köln. Volksztg." selbst zugibt, lediglich die nationalen Gegensätze. Wie Herr Korfanty der nationalpolnische, so war Herr Volz der nationaldeutsche Kandidat, also alles eher als ein Mischmaschkandidat. Wer aber war der Mischmaschkandidat? Das war der Zentrumsbewerber Herr Kapitza, der sich der „deutschen" Zentrumsfraktion anschließen wollte und dessen polnische Abstammung zugleich von seinen Wahlmachern geflissentlich hervorgehoben wurde. Diese „Mischmaschtaktik" fiel dann verdienterweise durch. Ebenso hirnverbrannt wie die Bezeichnung des Herrn Volz als eines Mischmaschkandidaten ist es, wenn Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam betonen, die Wahl stelle eine Protestkundgebung gegen den Hakatismus dar, der sich bis auf die Knochen blamiert habe. Tatsächlich das Gegenteil ist richtig: der Hakatismus hat einen doppelten Erfolg zu verzeichnen. Erstens hat er seine Werbekraft auch unter den Katholiken bewiesen, denn 4000 deutsche Katholiken haben Herrn Volz ihre Stimme gegeben. Zum zweiten aber, und dies ist fast noch wichtiger, hat die Wahl eine Klärung gebracht, die dem Hakatismus nur erwünscht sein kann. Sie hat bewiesen, daß die Politik der Konzessionen an die Polen grundverkehrt ist, denn sonst hätte gerade die Partei, die den Polen alle erdenklichen Zugeständnisse macht, nicht eine so furchtbare Niederlage erleiden können. Sie hat ferner bewiesen, daß man die sogenannten gemäßigten Polen nicht der Laterne suchen kann und daß die große Mehrzahl der Polen einem Korfanty folgt, der aus seiner Todfeindschaft gegen das Deutsche Reich niemals ein Hehl gemacht hat. Sie hat endlich bewiesen, daß die hakatistischen Warnungsrufe vor der „polnischen Gefahr" kein leeres Gerede sind, wie es das Zentrum immer hat glauben machen wollen.

* **Kleine politische Nachrichten.** Als Nachfolger des Oberpräsidenten von Westpreußen, der Möller ersetzen soll, wird Regierungsrat von Jagow in Marienwerder genannt. Er gehört zu den wegen ihrer Kanal-Gegnerschaft einstmals gemaßregelten Staatsbeamten, die später die Treppe wieder hinaufstiegen. — Die Verfassungskommission der württembergischen Abgeordnetenkammer ist wieder zusammengetreten. Sie berät gegenwärtig die durch die beabsichtigte Verfassungsänderung bedingten Abänderungen des Wahlgesetzes zum Landtag. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes betreffen die Wahl der durch den Proporz zu wählenden Abgeordneten von Stuttgart und der 17 ebenfalls durch Verhältniswahl zu berufenden Abgeordneten für das ganze Land. — Der frühere polnische Reichstagsabgeordnete Landschaftsrat Alexander von Grüne auf Borek bei Krotoschin ist gestorben. Er hat von 1867 bis 1871 als Vertreter des Wahlkreises Krotoschin-Kosmin der polnischen Fraktion im Norddeutschen Reichstage angehört. — Der Provinzialausschuß der Provinz Hannover hat beschlossen, die von der Staatsregierung geforderte Garantiesumme für den Rhein-Weser-Kanal im Höchstbetrage von 1 077 000 ℳ zu übernehmen, unter der Voraussetzung, daß die Städte Hannover, Minden und Osnabrück vier Fünftel der Summe ihrerseits übernehmen. Gleichzeitig wurde eine Resolution zugunsten des Stichkanals nach Peine und Hildesheim angenommen.

Ausland.

Frankreich.

* **Der „Matin"** hält gegenüber dem Dementi durch die „Agence Havas" jede Zeile der Enthüllungen aufrecht. Er meint, die Berichtigung sei erfolgt, weil die deutsche Presse sie verlangte. Während die britische Regierung verdächtlich schweige, denge sich die französische. Das sei kein Dementi, sondern eine Gefälligkeit. — Der Ton der Presse ist im allgemeinen ruhiger. Man meint jetzt, daß die Polemik wesentlich Deutschland und England angeht und beginnt den tertius gaudens zu spielen. Der „Temps" mahnt heute recht eindringlich zur Besonnenheit und Ruhe und meint, es sei besser, sich des zwischen Deutschland und Frankreich zustande gekommenen Einvernehmens zu erfreuen, als die jetzige schonungslose internationale Polemik fortzusetzen. Man versteht, daß man in Frankreich die jetzige heftige Diskussion am liebsten rasch abgeschnitten sehen möchte.

Schweiz.

* **Zu den Delcassé-Enthüllungen** macht der Berliner Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung" die nachfolgenden Bemerkungen: „Angesichts der jetzigen Preßfehde wegen der „Matin"-Enthüllungen und der scharf zugespitzten Fragen, von wem eigentlich Delcassé das Versprechen einer englischen Kriegshilfe erhielt, möchte ich an folgende Tatsache erinnern. Im August dieses Jahres dementierte bekanntlich Lord Knollys, der Privatsekretär des Königs Eduard, persönlich und ungewöhnlich schroff in einem Wiener Blatte, das alte Beziehungen zu französischen Politikern hat, alle Gerüchte, wonach König Eduard beabsichtige, bei seiner Marienbader Reise mit dem deutschen Kaiser zusammenzutreffen. Bald danach tauchten mancherlei Andeutungen in Londoner Korrespondenzen deutscher Blätter auf, wonach im Zweispalte mit der englischen Tradition allmählich König Eduard begonnen habe, die hohe Politik persönlich selbständiger zu leiten, als der vor dem Parlamente verantwortliche englische Ministerpräsident. Sollte sich darauf etwa die Bemerkung der „Kölnischen Zeitung" von „unverantwortlichen Faktoren" beziehen, auf welche Delcassé rechnete?"

England.

* **Die englische Regierung.** Balfours „Daily Telegraph" dementiert die angeblich autoritative Reuter-Meldung entschieden, wonach England Deutschland informiert habe, daß weder England ein Versprechen gegeben, noch Frankreich um ein solches gebeten habe. Das Blatt wiederholt, die englische Regierung nehme von Hörensagen und den Erklärungen unverantwortlicher Blätter keine Notiz, und das Geschrei gewisser deutscher Blätter könne ihr gleichgültig sein. — Die Preßassociation dementiert in einer wohl von Lansdowne inspirierten Erklärung die „Matin"-Geschichte entschieden, aber mit dem Zusatz, die Entente hätte völlig genügt, auch ohne bestimmte Abmachungen; sie hätte Englands praktische Hilfe garantiert für den Fall eines unprovozierten, ungerechtfertigten und unerwarteten Angriffs.

Rußland.

* **Das russische Ministerkabinett.** Wie die „Ruß" mitteilt, werden außer dem Premier noch vier Minister des Ministerkabinetts, nämlich die für Hof- und auswärtige Angelegenheiten, Krieg und Marine, das Recht behalten, dem Zaren Berichte direkt einzureichen. Ob der Premier noch ein besonderes Ministerium für sich behält, ist noch nicht entschieden. Es handelt sich vor allem um das Portefeuille des Innern, das Witte schon längst erstrebt.

* **General Stoessel** soll von „oben" einen Wink erhalten haben, sich auf einige Zeit ins Ausland zu begeben, wie dies der Statthalter a. D. Alexejew seinerzeit getan hat. Letzterer ist bis jetzt noch nicht nach Rußland zurückgekehrt.

* **Geheime Druckerei.** In Witebsk wurde eine geheime Druckerei und Niederlage verbotener Schriften mit einem Stempel des sozial-revolutionären Komitees entdeckt. 30 Personen wurden verhaftet.

Afrika.

* **Protest der Buren gegen die Einführung von Chinesen in Südafrika.** Die Buren, unter denen sich General Botha befand, hielten eine Versammlung ab, worin sie beschlossen, an die Regierung eine Resolution zu richten mit der Forderung, die Einführung chinesischer Kulis einzustellen und die, welche schon im Lande seien, wieder in ihre Heimat zurückzuschicken. Die Buren drücken ihr Bedauern über die herrschende Unsicherheit von Leben und Eigentum aus und legen gegen das Verbot des Waffentragens Beschwerde ein.

Union.

* **Der Konflikt mit Venezuela.** Staatssekretär Root und der französische Botschafter Jusserand hatten abermals eine Unterredung über die Venezuelafrage. Man glaubt zu wissen, daß Frankreich sich von neuem bemühen werde, die Angelegenheit auf diplomatischem Wege zu regeln, aber es heißt auch, daß die Union Frankreich zustimmen würde, wenn dieses Gewaltmaßregeln, selbst eine Blockade, anwenden würde. In Washington erwartet man die baldige Abgabe eines französischen Ultimatums.